

05.09.2017

# Antrag

der Fraktion der SPD

## CDU und FDP steuern mit Vollgas ins Diesel-Fahrverbot!

### I. Abgasskandal statt Dieselkrise

Seit dem „Diesel-Gate“ vom Herbst 2015 diskutiert Deutschland und somit auch Nordrhein-Westfalen über gefälschte Abgaswerte bei Kraftfahrzeugen mit Dieselmotor. In dieser Diskussion wurde zugleich auch die Zukunftsfähigkeit der Dieselmotor-Technologie in Frage gestellt. Ein genauer Blick zeigt aber, dass es sich im Kern nicht um eine Diesel-Krise, sondern um einen Abgasskandal handelt. Denn die Dieselmotor-Technologie ist technisch ausgereift, effizient und bewährt. Sie ist bei konsequenter und verantwortungsvoller Anwendung der technischen Möglichkeiten umweltpolitisch vertretbar.

Waren es zunächst nur Dieselfahrzeuge, so zeigen Tests des ADAC inzwischen klar, dass viele deutsche und ausländische Automobilproduzenten von benzin- und dieselmotorgetriebenen Fahrzeugen bei den Abgaswerten den Gesetz- und Verordnungsgeber in verantwortungsloser Weise getäuscht haben und täuschen. Das gilt auch für die Verbrauchswerte. Diese bewusste und massive Irreführung ging und geht zu Lasten der Umwelt und zu Lasten von Millionen von Autofahrern, die zugleich betrogene Kunden sind.

Seit zwei Jahren steht nun eine wirksame und realisierbare Lösung dieses Problems in Deutschland aus. Das EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland steht weiterhin im Raum und mit den unzureichenden Ergebnissen des „Diesel-Gipfels“, nach Zeit-Online „eine peinliche Inszenierung“, besteht für Deutschland und damit vor allem für die Großstädte in Nordrhein-Westfalen die Gefahr, dass Fahrverbote verhängt werden müssen.

Die Zeit drängt und entschlossenes und planvolles Handeln ist nun gefragt. Allerdings zeigen CDU und FDP auf allen Ebenen, dass sie kein geschlossenes Konzept haben und den Abgasskandal nur halbherzig angehen:

- Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt lässt über die unzureichenden Ergebnisse des „Diesel-Gipfels“ hinaus keine geeigneten Initiativen erkennen, um wirklich im Interesse der Umwelt und der betroffenen Pkw-Kunden voran zu kommen. Stattdessen wird ein unzureichendes Software-Update durch die Automobilindustrie als Lösung

Datum des Originals: 05.09.2017/Ausgegeben: 05.09.2017

akzeptiert. Von einem wirksamen Nachrüstungsprogramm zur Entgiftung der Auto-Abgase kann keine Rede sein.

- Ministerpräsident Armin Laschet bemüht sich in der Öffentlichkeit das Bild des handlungsstarken Regierungschefs zu erzeugen. Dazu hat er im Vorfeld des ersten Gipfels Anfang August Forderungen für NRW aufgestellt, die er dem damals bereits endabgestimmten Abschlusspapier entnommen hat. Auch hier ist Lösungskompetenz und politischer Wille zur Überwindung des Problems nicht erkennbar. Eine für die Verbraucher kostengünstige Nachrüstung der „Betrugs-PKWs“ durch die Automobilindustrie wird von Ministerpräsident Laschet abgelehnt. Die von ihm vorgeschlagene Nachrüstung alter Diesel-Busse im ÖPNV wird allein die erforderlichen Entlastungseffekte bei den Abgasemissionen nicht erbringen können, weil der Anteil an allen Stickoxyden, den Busse im ÖPNV emittieren, deutlich unter 10 % liegt. Insofern sind die Ergebnisse des zweiten Gipfels vom 04. September nicht mehr als ein Placebo.
- FDP-Chef Lindner verweigert sich vollständig der Verantwortung, eine Lösung für die bestehende Luftverschmutzung und die drohenden Diesel-Fahrverbote zu suchen. Er schlägt vor, die Grenzwerte zur Luftreinhaltung zu lockern. Was Lindner glatt unterschlägt: Die Schadstoffgrenzen sind geltendes EU-Recht. Darüber hinaus ist dieser Vorschlag verantwortungslos, weil gesundheitsgefährdend für die von den Emissionen betroffenen Menschen.
- Von Landesverkehrsminister Hendrik Wüst und Landesumweltministerin Schulze-Föcking kommt nur Schweigen. Sich gegen Diesel-Fahrverbote auszusprechen, ersetzt aber kein wirksames Maßnahmenprogramm des Landes gegen Feinstaub und Stickoxide und hilft nicht den von der Luftverschmutzung betroffenen Städten.

Die als Ergebnis des zweiten Dieseltipfels vom 04. September erfolgte Aufstockung des sogenannten Mobilitätsfonds auf 1 Milliarde Euro kann nicht darüber hinweg täuschen, dass die damit finanzierbaren Maßnahmen die notwendige Absenkung der Stickoxyd-Emissionen wirksam und zeitnah nicht erbringen werden.

## **2. Politische Leistungsverweigerung von CDU und FDP führt zu Fahrverboten**

CDU und FDP lehnen in ihren Fensterreden ein Diesel-Fahrverbot zwar mit Inbrunst ab, verweigern sich aber konsequent, die eigentlichen Ursachen anzugehen. Diese liegen vor allem in einem durch die Automobilindustrie erzeugten Abgasskandal.

Schwarz-Gelb verweigern sich, die Automobilindustrie an ihrer Verantwortung zu erinnern und sie zur Einhaltung ihre Verträge zu drängen.

Zugleich zeichnet sich ab, dass die von Ministerpräsident Laschet gefeierte Software-Lösung kaum Wirkung zeigt. Zeitnahe Nachrüstungen bei der Hardware sind folglich dringend nötig und müssen politisch auch von der Landesregierung NRW durchgesetzt werden, um Fahrverbote zu vermeiden.

Durch ihre Untätigkeit nimmt Schwarz-Gelb die Gesundheitsgefährdung vieler Menschen bewusst in Kauf. Betroffen sind abertausende Bewohnerinnen und Bewohner in den Ballungsräumen gerade in den nicht privilegierten Wohnlagen. Den Schwarzen Peter haben so die Kommunen: Sie müssen zukünftig aufgrund der EU-Regelung die Fahrverbote aussprechen. Dabei hoffen CDU und FDP, dass die Bürgerinnen und Bürger die originäre

politische Zuständigkeit und Verantwortung des Bundes für Verkehr und Luftreinhaltung nicht wahrnehmen.

### III. Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert gegenüber der neuen Bundesregierung auf einen möglichst zeitnahen weiteren „Diesel-Gipfel“ mit der Automobilindustrie hinzuwirken,

- damit zeitnahe weitergehende Nachrüstungsmaßnahmen der Automobilindustrie bei der Hardware zur Senkung des Schadstoffausstoßes an den betroffenen Kraftfahrzeugen kundenfreundlich und kostenfrei verbindlich verabredet werden können;
- an dem auch Vertreter der Verbraucherschutzverbände teilnehmen, damit die Interessen der betroffenen Autofahrer/innen angemessen vertreten werden können;
- an dem auch Vertreter der Umweltschutzverbände teilnehmen, damit wirksame Maßnahmen zur Vermeidung von Fahrverboten verabredet werden können;
- bei dem endlich verbindliche und unabhängige Prüfverfahren des Staates zur Zulassung von neuen Kraftfahrzeugen verabredet werden, die im Einklang mit den EU-Vorgaben und unter Bedingungen des realen Fahrbetriebs zu ermitteln sind;
- und dafür Sorge zu tragen, dass alle zur Abwendung von Diesel-Fahrverboten in den Kommunen ergänzenden Maßnahmen zur Luftreinhaltung über den Mobilitätsfonds auskömmlich von Bund und Land finanziert werden;
- und für den Fall, dass es nicht zu einvernehmlichen Lösungen mit der Autoindustrie kommt, durch zeitnahe bundesgesetzliche Vorschriften eine wirksame und nachhaltige Lösung der Problematik sowohl für die Umwelt, wie für die betroffenen Kunden, herbei zu führen.

Norbert Römer  
Marc Herter  
Sarah Philipp  
Christian Dahm  
Carsten Löcker  
André Stinka

und Fraktion